

Tagesordnung II Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 10. Oktober 2013

Vorlagen-Nr. 13-V-11-1019

Zusatzversorgung Beschäftigte der Fraktion - Gewährsträgerschaft

Beschluss Nr. 0425

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden bestätigt, dass die nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde unter dem 23.04.2003 gegenüber der Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden abgegebene Verpflichtungserklärung (Gewährsträgerschaft) zugunsten der Stadtverordnetenfraktion „Linke Liste“ (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0442 vom 15.11.2001) auch zugunsten der neuen Stadtverordnetenfraktion „Linke & Piraten“ gilt.
2. Zugunsten neugebildeter Fraktionen wird die Landeshauptstadt Wiesbaden künftig in der Regel keine Verpflichtungserklärungen (Gewährsträgerschaften) mehr abgeben, sofern die Fraktion optional Mitglied im Abrechnungsverband II (Kapitaldeckungsverfahren) der Zusatzversorgungskasse werden kann.
3. Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt für die Fraktion „Unabhängige & Freie Wähler“ keine Gewährsträgerschaft.

(antragsgemäß Magistrat 16.04.2013 BP 0388)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2013
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2013
im Auftrag

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Zieren-Hesse